

## Diskussionspapier

### Vorgelegt durch den Koordinierungskreis des Aktionsbündnis Sozialproteste

#### Erwerbslose fordern den Mindestlohn

#### Konzept für eine gemeinsame Kampagne aller relevanten gesellschaftlichen Kräfte für ein deutliches Signal zur Kehrtwende in der Arbeits- und Sozialpolitik

Derzeit bereiten sich Gewerkschaften und linke Parteien auf eine Mindestlohn-Kampagne im Herbst vor. Gerade Erwerbslose könnten diese Kampagne zuspitzend, mit Unterstützung von Bündnispartnern druckvoll, unterstützen. Geeignete Voraussetzungen müssten in klärenden Gesprächen vorher ausdrücklich zwischen allen in Frage kommenden Bündnispartnern, Kirchen, Sozialverbänden, Gewerkschaften und linken Parteien, auf Bundesebene und lokal, abgestimmt werden.

#### Die Idee:

Der Erwerbslose geht zum Sachbearbeiter und sagt ihm:

*„Ja, ich befinde mich in einer Zwickmühle, in einem Wissenskonflikt: Wenn ich einen Ein-Euro-Job oder eine unbezahlte Arbeitsgelegenheit annehme, auch wenn sie es Trainingsmaßnahme oder Praktikum nennen, dann schädige ich die Erwerbstätigen, indem ich mich als Lohndrücker missbrauchen lasse. Wenn ich den Job nicht annehme, dann schädige ich mich selbst, weil sie mich dann sanktionieren werden. – Dann sanktionieren sie mich doch! Ein breites gesellschaftliches Bündnis von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen und Parteien wird mich unterstützen. Eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit zum Mindestlohn von X Euro nehme ich aber gerne an.“*

Das gleiche Interesse von Erwerbstätigen und Erwerbslosen würde so unmittelbar deutlich. Der Konflikt könnte in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Er würde, so auf die Spitze getrieben, jedem Menschen, ob erwerbslos oder erwerbstätig, einleuchten. Die Behörden könnten ihn schwer im Sande verlaufen lassen. Dieser Konflikt könnte nicht aus der Öffentlichkeit verschwinden, wenn sich tatsächlich alle Bündnispartner für diese Kampagne entscheiden sollten.

#### Breites Bündnis sämtlicher sozialer Kräfte, der Arbeitnehmervertretung und der linken Parteien

Es stellt sich die Frage, ob die geeigneten Absprachen zwischen allen Bündnispartnern möglich sein werden. Welche Interessen haben Gewerkschaften? Um welche Höhe des Mindestlohns soll es gehen? Soziale Bewegungen sprechen bisher mehrheitlich von 10 Euro, der DGB von 7,50 Euro, stufenweise zu steigern auf 9 Euro, die linken Parteien fordern 8 Euro. Muss hier eine Übereinkunft getroffen werden? Wird es möglich sein, mit der so angeschobenen gesellschaftlichen Diskussion Kombilohn-Modelle auszuhebeln, die die Große Koalition schon in der Schublade hat und in einzelnen Bundesländern, z.B. in Niedersachsen durch die CDU, schon in die Tat umsetzt?

Wird es gelingen, den Mechanismus der Lohndrückerei durch Terror gegen die Erwerbslosen mit einer solchen gesamtgesellschaftlichen Mobilisierung zu stoppen?

Werden die freien und kirchlichen sozialen Träger eine solche Kampagne mittragen? Das würde heißen, dass sie auf niedrigentlohnte sogenannte „gemeinnützige“ Arbeit verzichten würden, in der Hoffnung, dass sich durch ein gesamtgesellschaftliches Umdenken der Druck auf die höchsten Einkommen erhöhen ließe. Die gesamten Kassen, ob steuerfinanzierte oder durch Einzahlungen in die Sozial- und Rentenversicherung gespeiste, würden durch rigorose steuerpolitische Umsteuerungen und höhere sozialversicherte Löhne wieder gefüllt werden. Den sozialen Trägern würde die Freiheit gegeben, die notwendigen Aufgaben, ob sie sich nun zusätzlich oder nicht-zusätzlich nennen, durch menschenwürdig entlohnte Arbeitskräfte erledigen zu lassen.

Konzepte für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, wie sie in verschiedenen Organisationen diskutiert werden, zu tariflich oder auch als Mindestlohn abgesicherten Bedingungen, sind Ansätze, die in diesem Zusammenhang zentrale Bedeutung erlangen.

Wichtig wäre es selbstverständlich, dass im Rahmen einer Kampagne „Erwerbslose fordern den Mindestlohn“ genügend öffentlicher Druck aufgebaut wird, und es nicht darauf hinausläuft, dass Alg II-Empfänger ihr Geld dann eben von den Bündnispartnern bekommen und sich Staat und Kapital entgültig aus ihrer Pflicht stehlen können.

Die Idee und der Charakter dieser Kampagne ist etwas ziemlich Neues und hört sich daher wahrscheinlich utopisch an. Aber auch der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Vielleicht können sich tatsächlich sämtliche zivilgesellschaftliche Bündnispartner auf ein gemeinsames Vorgehen einigen? Wir sollten darüber nachdenken!